

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:
27.03.2019 BVV

BVV/023/VIII

Betreff: Nutzung des öffentlichen Raumes durch Parteien

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt Pankow von Berlin wird ersucht, bei der Bescheidung von Anträgen auf Sondernutzung öffentlichen Straßenlandes durch Parteien deren grundgesetzliche Aufgabenstellung zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung der Bevölkerung entsprechend zu berücksichtigen. Parteien muss es ermöglicht werden, bezirkswweit vor Ort auch auf der Straße im direkten Kontakt mit der Bevölkerung über ihre politischen Ziele zu informieren. Dies muss sich auch in der Bewilligungspraxis widerspiegeln.

Berlin, den 19.03.2019

Einreicher: Fraktion der SPD
Roland Schröder, Thomas Bohla

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 vertagt

Abstimmungsverhalten:

einstimmig
 mehrheitlich
 Ja-Stimmen
 Gegenstimmen
 Enthaltungen

federführend

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die gegenwärtige Genehmigungspraxis unter Bezugnahme auf die Einzelbegründungen der Negativbereiche für Nutzungen wie „Kioske, Verkaufsstände und -wagen, Kleinhandel, Bauchladenhandel und Handel aus betriebsbereiten Fahrzeugen“ (s. Anlage zur Kleinen Anfrage Nr. 0435/VIII) lässt nicht erkennen, dass der verfassungsrechtlichen Aufgabenstellung politischer Parteien angemessen Rechnung getragen wird.